

2728/AB XX.GP

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Franz Riepl und Genossen an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend Arbeitgeberschulden bei den Gebietskrankenkassen (Nr. 2788/J). Zu den aus der beiliegenden Ablichtung der gegenständlichen parlamentarischen Anfrage ersichtlichen Fragen verweise ich zunächst auf die von meinem Ressort eingeholte Stellungnahme des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, welche ich in Kopie beilege. Der Äußerung des Hauptverbandes sind die bei den einzelnen Gebietskrankenkassen gesammelten Daten und Erfahrungen hinsichtlich der Fragen 1 bis 6 zu entnehmen. Zur Frage 7 halte ich ergänzend zu den Ausführungen des Hauptverbandes fest, daß die von den Versicherungsträgern beklagte Problematik der Anfechtung von bereits geleisteten Beitragszahlungen in meinem Ressort bekannt ist. Als Ergebnis der Vorbegutachtung eines Änderungsvorschlages im Rahmen der 50.Novelle zum ASVG war vorgesehen, die gegenständliche Problematik im Zusammenhang mit dem Konkursrecht zu behandeln, das in die Ressortzuständigkeit des Bundesministeriums für Justiz fällt.

Im übrigen lasse ich derzeit durch die zuständigen Fachleute meines Ressorts Überlegungen zur effizienteren Bekämpfung der Schwarzarbeit anstellen.